

# Demokratie in Gefahr?

*Interview mit Henrik Schmidt-Heck, Sprecher von BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN im LK Roth  
(anlässlich des 9. Novembers 2022)*

## **Studien zeigen, dass das Vertrauen in die Demokratie schwindet. Was sind aus Ihrer Sicht die Gründe dafür?**

Wir erleben aktuell, wie vor allem rechtsextreme Gruppen versuchen, das Vertrauen in unseren Staat zu untergraben. Sie nutzen die aktuellen Krisen – ob Energiekrise, Ukraine-Krieg, Pandemie oder Klimakrise – um Ängste zu schüren und Misstrauen zu säen. Diese Entwicklung hat sich seit Beginn der Corona-Pandemie verstärkt. Viele der Aktionen gehen auf die AfD zurück oder auf Menschen und Gruppierungen, die ihr nahestehen. Sie instrumentalisieren sogar Entscheidungen von Verwaltungsgerichten, wenn diese beispielsweise urteilten, dass Corona-Maßnahmen nicht verfassungskonform waren - obwohl doch gerade diese Entscheidungen zeigen, dass wir in einem funktionierenden Rechtsstaat leben! Nun ist es der Krieg in der Ukraine und seine Folgen, den diese Gruppen für sich instrumentalisierten. Sie missbrauchen die Sorgen und Ängste der Bürger:innen, um weiteres Misstrauen zu schüren. Dabei machen sie sich – ähnlich wie Donald Trump schon 2016 – gekonnt die Algorithmen der sozialen Netzwerke zu nutze.

## **Welche Rolle spielt das Thema Migration? Erleben wir eine Situation wie 2015, als auch schon gegen Flüchtende Stimmung gemacht wurde?**

Während man zwischen 2015 und 2019 versucht hat, speziell mit Ausländerfeindlichkeit zu ködern, sind die Themen, welche vor allem rechte Parteien bespielen, mittlerweile breiter gefächert: Sie schüren Angst vor angeblich unkontrollierter Masseneinwanderung, wirtschaftlichem Abschwung, hohen Strom- und Gaspreisen und drohenden Firmeninsolvenzen. Gerade das Zusammenkommen dieser vielen Ängste hat einen sich selbst verstärkenden Effekt. Er spielt vor allem der AfD in die Karten.

## **Wie beurteilen Sie den politischen Diskurs?**

Durch unsere Gesellschaft geht ein breiter Riss. Politische Diskussionen werden immer schwieriger. Andere Meinungen werden nicht mehr gehört oder im wahrsten Sinne des Wortes niedergebrüllt. Natürlich sind die äußeren und verfassungsrechtlichen Gegebenheiten unterschiedlich, dennoch erinnert mich die aktuelle Situation ein wenig an die Endzeiten der Weimarer Republik. Und worin dies gipfelte, weiß jeder...

## **Judensterne auf Corona-Demos, AfD-Politiker, die den Hitlergruß zeigen, und Straßenbenennungen nach SA-Mitgliedern hier im Landkreis – es scheint so, als wäre NS-Symbolik und rechtes Gedankengut wieder präsenter in unserem Alltag.**

Ja, den Eindruck habe ich auch. Und ich frage mich, wo der Aufschrei bleibt! Mich beschleicht das Gefühl, dass viele Bürger\*innen das kommentarlos hinnehmen, als sei es ein

notwendiges Übel. Mangelndes Geschichtsbewusstsein oder Gleichgültigkeit, egal was der Grund ist, dieses Verhalten hat verheerende Folgen: Es sorgt dafür, dass sich das rechte Gedankengut, das aufgrund der aktuellen Krisen verbreitet werden soll, immer weiter in die Gesellschaft hineinfrisst.

### **Was kann die Politik, was kann die Gesellschaft dagegen tun?**

Es wird sicherlich nicht einfach für uns demokratische Parteien, dieses Gedankengut wieder einzufangen. Wir brauchen nicht nur stärkere Aufklärung über die Ziele und Hintergründe von rechten Bewegungen. Wir müssen auch versuchen, mit Bürger\*innen, die wirklich besorgt sind, in den Dialog zu kommen. Denn das Schlimmste für unsere Demokratie wäre, wenn der Dialog verstummt und andere Meinungen nicht gehört und akzeptiert werden. Wenn wir uns immer weiter in unsere Filterblasen zurückziehen und Warnsignale nicht ernst nehmen. Und ja, wir sind und wir müssen eine wehrhafte Demokratie sein - dazu gehört es auch, faschistisches Gedankengut keinesfalls zu tolerieren. Toleranz endet dort, wo geschützte Rechte wie die Meinungsfreiheit bedroht sind. Aber wir dürfen auch nicht vergessen: Nicht jede Person, die die AfD unterstützt, ist auch ein Faschist! Und genau dort müssen wir ansetzen und diesen Menschen helfen, das Vertrauen in den Staat zurückzugewinnen. Auch wenn das heißt, dass wir uns unangenehmen Diskussionen und vielleicht eigenen Fehlern stellen müssen.